



His Master's Noise

Es ist ein Wunder, dass ich hier noch schreiben darf. Ich bin nicht Mitglied dieser Partei. Sie ist mir einfach zu wenig grün. Und damit meine ich nicht die Parolen, ich meine das Handeln. Also, bitte: Du kannst doch nicht den Klimawandel beklagen und selber fässerweise Sprit verbrennen! Die lieben Roten: Die karren oder fliegen oder saufen doch genau so in der Welt herum, wie die Blauen, die Gelben oder die Schwarzen. Der einzige Unterschied: Ihre Sünden haben humanitären Background. Da lob' ich mir den neuen Berner Stapi.

Gruss vom Bosphorus

Der ist mir nämlich so richtig grün eingefahren. Ehrengast am Cup-Halbfinal der YB-Frauen im Wyler-Park. Alec von Graffenried. Sein Adelstitel: Die reinste Tarnung. Der Mann hat Bodenhaftung. Hüpfte im Kittel ohne Krawatte zur Spielfeldmitte und eröffnet mit Aussenrist die Partie. Aussenrist! Angeradelt sei der, flüstern mit flinkernden Augen die YB-Frauen. Auf einem Drahtesel von «Bern rollt», fabulieren sie weiter und finden, der alte Alex hätte das nie geschafft. Tschäppat wäre mit Bieri Hämpu, seinem Privatchauffeur, vorgefahren und hätte in der Pause nicht Hahnenburger getrunken, sondern Adelbodner mit Sprutz.

Wenn ich aber den Bogen zu unseren Politikern schlage, dann werde ich nur mit dem Oldie warm. Anteners Credo im Dorf: «Gring ache u seckle». Im Ausserdorf: «Gring ache u strample». Der verbrennt höchstens im Tigersaal ein paar Tropfen Sprit. Seine nominierten Nachfolger haben da schon mehr Steine im Rucksack. Einer fährt mit dem Aebi-Transporter zur Sitzung. Toller Schlitten, aber unökologisch. Ein zweiter fliegt auf einer telematisch betriebenen Wolke. Nebulös. Der dritte spielt am linken Flügel. Dort stellt der Trainer die Verrückten auf. Und der vierte? Schon wieder ein Lehrer. Un-wähl-bar. Warum machen wir es nicht wie der Boss vom Bosphorus? Ist nicht die Präsidialdemokratie die Mutter aller Demokratien? Müsste man nicht schon längst die Gemeindeverfassung ein wenig ... anpassen? Den verdienten Präsidenten ... auf Lebzeiten wählen, jetzt, wo er nach der Eishalle auch die Sporthalle noch baut? Bräuchten wir nicht einen Kalifen, der uns lenkt und für uns denkt? Der die Armen beschenkt, die Zügellosigkeit beschränkt, die Feinde der Revolution erh ... ? Nein. Wir brauchen die Neuen. Denn Wahl heisst Auswahl. Wir brauchen die Velogrünen links und die Apfelgrünen rechts, die Weinroten und die Rosaroten, die Gelben und die Blauen. Sie garantieren Freiheit. Sie garantieren, dass ich schreiben darf. Danke, Demokratie.

Andreas Aebi

Beschluss des Grossen Rates betreffend den Kredit für die Asylsozialhilfe 2016 – 2019

JA zum Asylsozialhilfe-Kredit

Der Kanton Bern betreut die unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden fortschrittlicher als andere Kantone. Basierend auf der UNO-Kinderrechtskonvention bietet er ihnen eine spezialisierte Unterbringung und Betreuung. Die vom Bund bezahlte Pauschale reicht jedoch nicht aus. Deshalb braucht es einen Asylsozialhilfe-Kredit.

Aber SVP, Junge SVP und EDU sind gegen diesen 105-Millionen-Kredit und haben das Referendum dagegen ergriffen. Darum gelangt er am 21. Mai zur Abstimmung. Auf der Homepage der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern (POM) ist Folgendes zu lesen: «Momentan sind im Kanton Bern 340 Plätze für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) in den UMA-Zentren in Langnau, Huttwil, Belp, Täuffelen, Beatenberg, Unterseen und Grindelwald bestimmt.» Mit der Betreuung der UMA hat der Kanton die Zentrum Bäregg GmbH betraut. Diese bietet gemäss eigenen Angaben «bedarfsgerechte Wohn- und Betreuungsformen an und stellt auch korrespondierende Bildungs-, Integrations-, Gesundheits- und Freizeitangebote sicher. Ziel ist es, das Wohl der zugewiesenen Kinder und Jugendlichen sicherzustellen und ihnen eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen.»

Altersgerechte Begleitung und Unterbringung

Aktuell wohnen 458 UMA im Kanton Bern. Die Kinder haben teils einschneidende Kriegs-, Flucht- und Verlustserfahrungen gemacht. A.A. aus Somalia beispielsweise musste zuschauen, wie sein Vater im

Krieg umgebracht wurde. Oder Y.S. aus Syrien hat kürzlich erfahren, dass fünf seiner besten Schulfreunde bei einem Luftangriff ums Leben gekommen sind. Neben einer kindergerechten Begleitung gerade in solchen Krisensituationen ist es deshalb besonders zentral den Minderjährigen wieder eine Zukunftsperspektive zu geben. Viele der Kinder und Jugendlichen werden in der Schweiz bleiben. Es ist darum wichtig, dass sie möglichst rasch unsere Sprache, unsere Kultur und unsere Regeln kennen lernen. Mit einer frühzeitig beginnenden Integration erhöhen sich die Möglichkeiten der Betroffenen später ein eigenständiges Leben zu führen». Am berufsvorbereitenden Schuljahr in Langnau werden aktuell drei Integrationsklassen geführt, im neuen Schuljahr werden es wohl sogar deren vier sein. Die grosse Mehrheit der Lernenden sind UMA, hauptsächlich stammen sie aus Eritrea, Syrien und Afghanistan. Das Ziel dieser Integrationsklassen besteht darin, die jungen Menschen in zwei Jahren so weit zu bringen, dass sie den Einstieg in eine Vorlehre oder in eine Attestausbildung finden. Nur die wenigsten schaffen es direkt in eine EFZ-Lehre. Ein überparteiliches Komitee bestehend aus Grünen, BDP, GLP, EVP, SP und FDP befürwortet den Kredit für die Asylsozialhilfe. Der Kredit garantiert die Weiterführung der altersgerechten Begleitung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Bei einer Ablehnung des Kredits würden die Kosten bestenfalls verschoben oder gar steigen, warnt das Komitee.

Niklaus Müller

EINBÜRGERUNGSOFFENSIVE

Vor der Einführung des verschärften Bürgerrechtsgesetzes

Nimm deine Rechte wahr!

In der Schweiz leben viele Menschen, die sich einbürgern lassen könnten, dies aber aus verschiedenen Gründen bisher nicht taten. Wer die politischen Rechte wahrnehmen will, sollte dies aber noch vor dem neuen Bürgerrechtsgesetz (2018) tun. Denn es bringt neue Hürden.

SchweizerInnen ohne Rechte

Wer in der Schweiz lebt, soll auch mitbestimmen können, was in der Schweiz passiert. Wer die gleichen Pflichten hat wie alle anderen, soll auch die gleichen Rechte haben. Doch das Schweizer Recht macht aus Migrant/innen Menschen zweiter Klasse. Auch wenn sie schon lange in der Schweiz leben oder gar hier geboren und aufgewachsen sind. Faktisch sind sie Schweizer/innen ohne Schweizer Pass und deshalb ohne volle politische Rechte. In den letzten Jahren hat sich auch ihre rechtliche Lage verschlechtert, zum Beispiel mit der Umsetzung der Ausschaffungsinitiative. Betroffene können schon bei kleineren Delikten das Aufenthaltsrecht verlieren.

Fast eine Million erfüllen Bedingungen

In der Schweiz leben rund 900'000 Menschen, welche die Bedingungen zur Einbürgerung erfüllen.

Rund 180'000 sind hier geboren, rund 120'000 sind als Kinder oder Jugendliche in unser Land gekommen. Sie prägen unsere Gesellschaft und sind Teil der Schweiz.

Willkommenskultur fördern

Es müsste im ureigensten Interesse der Schweiz sein, möglichst viele dieser Menschen als mündige, aktive Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen. Dazu aber braucht es eine Haltung der Behörden, die den Migrant/innen vermittelt, dass sie willkommen sind, zur Schweiz gehören und ihre Einbürgerung erwünscht ist. Die Kantone Basel Stadt, Genf und Waadt sind mit dem guten Beispiel vorangegangen. Sie haben alle ihre Einwohner/innen ohne Schweizer Pass eingeladen, sich einbürgern zu lassen, wenn sie die Voraussetzungen dazu erfüllen.

Bürgerrecht ist ein Recht, kein Privileg

Wichtig ist aber auch, dass Migrant/innen Einbürgerungsgesuche stellen, um dadurch ihre vollen politischen Rechte in Anspruch zu nehmen. Dies ist umso dringlicher, als ab 2018 ein neues, verschärftes Bürgerrechtsgesetz neue Hürden aufstellt.

Stefan Wüthrich, Gewerkschaft Unia